



Medien-Terminhinweis

5. März 2025

Einkommensrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

Warnstreik und Kundgebung in Freiburg

Die Einkommensrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen läuft. Die Arbeitgebenden haben aber auch beim zweiten Verhandlungstermin am 17. und 18. Februar 2025 kein Angebot vorgelegt. Deshalb kommt es nun bundesweit zu Warnstreiks und Protestaktionen, mit denen die Beschäftigten ihre Forderungen nach 8 Prozent, mindestens 350 Euro mehr Einkommen untermauern.

Kundgebung in Freiburg
Datum: 7. März 2025
Uhrzeit: 11:45 – 12:45 Uhr
Ort: Platz an der Alten Synagoge

Statements:

Kai Rosenberger

Vorsitzender BBW - Beamtenbund Tarifunion

Volker Geyer

dbb-Verhandlungsführer

Kernforderungen:

- Ein Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich zur Erhöhung der Entgelte (ggf. zum besseren finanziellen Ausgleich von besonderen Belastungen).
- Drei zusätzliche freie Tage sowie einen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder.
- Einrichtung eines Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen.
- Die Entgelte u. a. der Auszubildenden sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.

Hintergrund:

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind über 2,6 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Rund 1,7 Millionen Arbeitnehmende und Auszubildende des Bundes (über 156.000) und der Kommunen (über 1.500.000) und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat. Hinzu kommen knapp 370.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter sowie fast 600.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen auf weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes.